



# HESSISCHER LANDTAG

23. 02. 2010

*Zur Behandlung im Plenum  
vorgesehen*

## **Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend Schulvielfalt und Schulwahlfreiheit in Hessen müssen erhalten bleiben**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag spricht sich für den Erhalt der Schulvielfalt und der Schulwahlfreiheit durch ein vielgliedriges hessisches Schulwesen aus.
2. Der Landtag ist der Überzeugung, dass in einem Bildungssystem der Vielfalt von Lernkompetenzen und Lernwegen die optimalen Voraussetzungen für eine schülergerechte und begabungsspezifische Förderung bestehen. Da es unterschiedliche Begabungsschwerpunkte gibt, muss auf diese mit speziell zugeschnittenen Konzepten eingegangen werden. Die Vielfalt der Schulformen - verbunden mit der grundsätzlichen Anschlussfähigkeit und Durchlässigkeit zwischen diesen - sichert allen Schülerinnen und Schülern den bestmöglichen Bildungsweg und -erfolg.
3. Die Beibehaltung der hessischen Schulvielfalt und deren behutsame Fortentwicklung ist die richtige pädagogische Antwort auf die unterschiedlichen Begabungen und Neigungen von Schülerinnen und Schülern sowie das Schulwahlverhalten von Eltern. Der Landtag ist vor diesem Hintergrund dezidiert der Auffassung, dass nicht eine Schule für alle, sondern für jeden die richtige Schule der geeignete Weg ist, um Qualität und Bildungsgerechtigkeit dauerhaft zu sichern.
4. Der Landtag begrüßt in diesem Kontext die bisherigen Bemühungen, das Profil der verschiedenen Schulformen und Bildungsgänge durch eigenständige, landeseinheitliche Abschlüsse an Haupt- und Realschulen, durch das Landesabitur sowie durch das Förderprogramm "SchuB" (Lernen und Arbeiten in Schule und Betrieb) zu stärken. Zielsetzung bleiben auch weiterhin Transparenz und Vergleichbarkeit.
5. Eine Zerschlagung der bestehenden Schulformen und Bildungsgänge und das damit verbundene Ende der Schulwahlfreiheit für Eltern dürfen nicht Realität werden. In einem Einheitsschulsystem hätten zudem kirchliche und private Schulen keine Existenzberechtigung und damit keine Überlebenschance.
6. Der Landtag bittet die Landesregierung, die bildungspolitischen Weichen so zu stellen, dass auch zukünftig Vielfalt und Wahlmöglichkeiten bestehen. Es muss konsequent auf eine Verbesserung des bestehenden, funktionierenden Systems hingewirkt werden.

Wiesbaden, 23. Februar 2010

Für die Fraktion der CDU  
Der Fraktionsvorsitzende:  
**Dr. Wagner (Lahntal)**

Für die Fraktion der FDP  
Der Fraktionsvorsitzende:  
**Rentsch**